MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport
und Bäder

Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder

Geschäftsführung: Hans Jürgen Etzelmüller

Telefon: 06421 201-1379
Telefax: 06421 201-1418
E-Mail: hansjuergen.etzelmueller@marburg-stadt.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12 Uhr
Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 06.02.2018

Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Bäder (öffentlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Bäder (öffentlich)** der Stadtverordnetenversammlung am

Donnerstag, den 15.02.2018, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1 Eröffnung der Sitzung

2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.12.2017

3 Anträge der Fraktionen

3.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Landeswohlfahrsverband Hessen und Vitos Gelände, Marburg, Cappeler Str.
Vorlage: VO/6075/2018

4 Kenntnisnahmen

4.1 Gedenktafel "Morde in Mechterstädt"
Vorlage: VO/6013/2017

5 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Medienausstattung an Marburger Schulen
Vorlage: VO/6051/2018

6 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Fußballplatz der Sophie-von-Brabant-Schule
Vorlage: VO/6052/2018

7 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Fußballplatz der Brüder-Grimm-Schule
Vorlage: VO/6053/2018

8 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Gerald Weidemann
Vorsitzender

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6075/2018** öffentlich 19.01.2018
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Landeswohlfahrsverband Hessen und Vitos Gelände, Marburg, Cappeler Str.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Landeswohlfahrtsverband die Geschichte der Psychiatrischen Klinik in Marburg, von den Anfängen als „Irren-Heilanstalt Marburg“ und später der Landesheilanstalt weiter aufzuarbeiten, nach neuesten museumspädagogischen Erkenntnissen auf dem Vitos-Gelände darzustellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Begründung:

Nicht nur eitel Freude herrschte bei den Marburger Stadtvätern, als in den Jahren 1872/1876 in der Cappeler Straße die "Irren-Heilanstalt Marburg" angelegt wurde. Immerhin war die Wahl des Standortes mit einem finanziellen Anreiz von 75 000 Mark aus dem Marburger Stadtsäckel möglich geworden. Den Bürgerinnen und Bürgern wurden die 75 000 Mark allerdings als Sondersteuer auferlegt. Heute sind wir froh, mit dem Zentrum für Soziale Psychiatrie Marburg-Süd in unserer Stadt eine Einrichtung zu haben, die Menschen mit psychischen Erkrankungen ärztliche Hilfe, Pflege und Betreuung bietet. Immerhin attestierte ein ehemaliger Landesdirektor des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen dem Marburger Psychiatrischen Krankenhaus wirtschaftliche Gesundheit und bezeichnete es als eines der schönsten in ganz Hessen.

Die Marburger Linke möchte an die vielen Opfer, mehr als 200 Menschen, die zwangsweise sterilisiert und die in den 1930er Jahren von der Landesheilanstalt in sogenannte „Euthanasie“ Anstalten wie Hadamar verlegt und dort ermordet wurden, erinnern. In der Marburger Anstalt selbst starben aufgrund der mangelhaften Ernährung weitaus mehr Menschen als in sonstigen Zeiten. Die nationalsozialistischen "Euthanasie" Verbrechen – ein Tiefpunkt in der Marburger Psychiatrie- und Universitätsgeschichte – sind uns heute und für die Zukunft beständige Mahnung.

Die NS-Zeit machte die Rassenhygiene zur Staatsdoktrin. Mehr denn je wurden Menschen mit psychischen Krankheiten und mit Behinderungen unter dem Aspekt der „Nützlichkeit“ beurteilt und als unwertes Leben bezeichnet – mit grausamen Folgen für die Betroffenen.

Die „Enthospitalisierung“ ist für die Marburger Einrichtung in weitem Umfang umgesetzt. Der Begriff „Irrenanstalt“, wie er noch 1876 gebräuchlich war, macht uns heute die abwertende Beurteilung und die Ausgrenzung der Kranken deutlich. Deshalb ist es umso wichtiger an die Geschichte dieser für Marburg und Umgebung wichtigen Einrichtung zu erinnern.

Quellennachweise:

Heilbar und nützlich, Ziele und Wege der Psychiatrie in Marburg an der Lahn.
Jonas Verlag, Historische Schriftenreihe des LWV Hessen Quellen und Studien Band 8 .

Gefangenenhospital von 1947- 1951.
Die Anfänge psychiatrischer Behandlung von Zwangs-und Fürsorgezöglingen in der Landesheilanstalt 1900-1924. Wolfram Schäfer, Marburger Geschichtswerkstatt

Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg. Roland Müller, Marburger Geschichtswerkstatt Kriegsgefangenenkommando der Dynamit AG Stadtallendorf in der Landesheilanstalt Marburg 1940-1942. Fritz Brinkmann - Frisch

Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der Landesheilanstalt. Wolfgang Form, Marburger Geschichtswerkstatt

Landeslungenheilstätte 1947-1951. Esther Kräwinkel

Der Prozess des Klaus Peter Löser zwischen 1989-1995 vor dem Landgericht Marburg uvm. Reinhard Metzger, I. Chronologie Walter Kanzow, II. und Zeitgeschichte.

Renate Bastian
Henning Köster-Sollwedel
Roland Böhm
Jan Schalauske
Inge Sturm
Jonathan Schwarz
Tanja Bauder Wöhr
Elisabeth Kula

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.: **VO/6013/2017** Status: öffentlich Datum: 11.12.2017
Dezernat: I Fachdienst: 41 - Kultur Sachbearbeiter/in: Kupka-Stavrou, Kariona	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Entscheidung	Nichtöffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder	Kenntnisnahme	Öffentlich

Gedenktafel "Morde in Mechterstädt"

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Marburg stimmt folgendem Text zur Erstellung einer Gedenktafel „Morde in Mechterstädt“ zu:

> „Am 25. März 1920 erschossen Studenten der Philipps-Universität als Mitglieder eines militärischen Freikorps im thüringischen Mechterstädt 15 gefangengenommene Arbeiter aus der Gemeinde Thal. Die gegen die Weimarer Republik gerichteten Morde wurden nachträglich von der Studentenschaft und der Leitung der Universität gebilligt und die Täter von einem Kriegsgericht freigesprochen. Wir erinnern an die Morde von Mechterstädt und nehmen sie als Mahnung, uns jederzeit für Demokratie und Recht einzusetzen.
>
> Philipps-Universität Marburg, Universitätsstadt Marburg, Studierendenschaft der Philipps-Universität“

Sachverhalt:

Am 24. Februar 2017 fasste die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der SPD-Fraktion den Beschluss, dass die Stadt Marburg an einem öffentlichen Ort an die von Marburger Studenten begangenen Morde in Mechterstädt gedenkt. Die Gestaltung und der Ort des Gedenkens sollten in Abstimmung mit der Philipps-Universität und dem AStA der Universität erfolgen. Zwischenzeitlich haben mehrere Sitzungen diesbezüglich stattgefunden und obiger Textvorschlag wurde erarbeitet. Weiterhin wird zurzeit die Alte Aula auf Vorschlag der Universität als Aufhängungsort überprüft. Die Alte Aula kommt insofern in Frage, da das Gebäude zu der Zeit bereits stand, somit ein historischer Bezug hergestellt werden kann. Weiterhin wird sie von der Universität für zahlreiche Veranstaltungen (u. a. Antrittsvorlesungen jedes Fachbereiches) genutzt und somit kann das Schild von einem breiten Publikum wahrgenommen werden.

Es wird gebeten, dieser Vorlage zuzustimmen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Finanzielle Auswirkungen:

Beschlussfolgeabschätzung (BFA) – Die Vorlage hat folgende Auswirkungen:

1. Kostenzusammenstellung – Einmalkosten

☐ Es bestehen keine Einmalkosten

☒ Es bestehen die hier aufgeführten Einmalkosten

Aufwand Ergebnishaushalt	**in Euro**
Personalaufwand	
Sachaufwand	
Summe Aufwand Ergebnishaushalt	**ca 5000**

Die Mittel stehen bei dem Produkt / dem Sachkonto 241020 zur Verfügung. Momentan können die Kosten für das Schild (Grafikkosten, Erstellungs- und Aufhängungskosten etc.) nur grob geschätzt werden, da diese vom Ort der Aufhängung, Beschaffenheit des Schildes, Größe etc. abhängen. Klar beziffert werden können nur die 500 Euro, die die Geschichtswerkstatt für weiterführende Informationen erhält, die im Internet bereit gestellt werden sollen.

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments	Vorlagen-Nr.: **VO/6051/2018** Status: öffentlich Datum: 08.01.2018

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat		Nichtöffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder		Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung		Öffentlich

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Medienausstattung an Marburger Schulen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Medienausstattung an allen Marburger Schulen und insbesondere an der Elisabethschule verbessert werden kann.

Begründung:

Wir bitten zu prüfen, wie die folgende Situation gelöst werden kann: Momentan gibt es in der Elisabethschule nur einen Laptop-Wagen, in dem die Laptops schon sehr alt sind. Mit neueren Geräten könnte das digitale Lernen verbessert werden, was mit den bisherigen Laptops nicht gut möglich ist. Eine Möglichkeit wäre ein I-Pad-Wagen (oder Tabletwagen) wie er beim Medienzentrum existiert. Der Vorteil von Tablets besteht im „in die Hand nehmen“ der Geräte. Zusätzlich müssen die vorhandenen Geräte häufiger gewartet und sichergestellt werden, dass die Akkus funktionstüchtig sind.
Auch Beamer und Overheadprojektoren sollten auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft werden um sicherzustellen, dass vorhandene Geräte auch für den Unterricht genutzt werden können.

Für das Kinder- und Jugendparlament

M. Greim

Manuel Greim
KiJuPa-Vorsitzender

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments	Vorlagen-Nr.: **VO/6052/2018** Status: öffentlich Datum: 08.01.2018

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat		Nichtöffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder		Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung		Öffentlich

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Fußballplatz der Sophie-von-Brabant-Schule

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob durch den Gummibelag auf dem Fußballplatz der Sophie-von-Brabant-Schule eine erhöhte Verletzungsgefahr besteht und ob es eine sinnvolle Alternative gibt.

Begründung:

Der Gummibelag des Fußballplatzes der SVB (Standort Willi-Mock-Straße) ist für das Spielen sehr gefährlich, da sich bei Regen oder Nässe die Gefahr von Stürzen stark erhöht. Aus dem Grund wünschen sich die Schülerinnen und Schüler einen anderen Belag. Dabei sollten keine Hartplätze oder Rasenplätze geschaffen werden, da diese schmerzvoll bei Stürzen bzw. aufwändig in der Pflege sind, sondern geprüft werden, ob der Fußballplatz der SVB mit Kunstrasen ausgestattet werden kann.

Für das Kinder- und Jugendparlament

M. Greim

Manuel Greim
KiJuPa- Vorsitzender

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments	Vorlagen-Nr.: **VO/6053/2018** Status: öffentlich Datum: 08.01.2018

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat		Nichtöffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder		Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung		Öffentlich

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Fußballplatz der Brüder-Grimm-Schule

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Fußballplatz an der Brüder-Grimm-Schule mit Linien und Kennzeichnungen (Strafraum, 7m-Punkt, Mittellinie) versehen zu lassen.

Begründung:

Wir wünschen uns, dass der Fußballplatz der Brüder-Grimm-Schule mit Linien und Kennzeichnungen (Strafraum, 7m-Punkt, Mittellinie) versehen wird, da diese Kennzeichnungen auf unserem Fußballplatz fehlen und somit das Spielen erheblich erschwert ist. Momentan verzögert sich das Fußballspielen durch viele Streitigkeiten, die aufgrund von Unstimmigkeiten über Spielentscheidungen entstehen. Dadurch vermindert sich nicht nur die Spiel- und Regenerationszeit, sondern es kommt auch regelmäßig zu Verzögerungen des Unterrichtbeginns, da viele Schülerinnen und Schüler die verlorene Spielzeit über die Pausenzeiten hinaus nachholen.

Für das Kinder- und Jugendparlament

M. Greim

Manuel Greim
KiJuPa- Vorsitzender